



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner AfD**

Hebammenversorgung an Kliniken in Bayern sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für eine umfassende Reform der klinischen Geburtshilfe einzusetzen und bis dahin einer weiteren Zerschlagung bereits vorhandener Strukturen durch die Bundesregierung entgegenzuwirken.

Begründung:

Die Konsequenzen aus den jüngsten Änderungen der gesetzlichen Grundlagen zum Pflegebudget sowie der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) führen dazu, dass der Einsatz von Hebammen auf Wochenbett- und Risikoschwangerenstationen für die Kliniken aus ökonomischer Sicht zunehmend uninteressant wird. Hebammenstellen werden gekündigt und durch Pflegefachkräfte auf den geburtshilflichen Stationen ersetzt. Dieser Fehlentwicklung muss dringend gegengesteuert werden, um die Versorgungssicherheit der Patientinnen und Neugeborenen weiterhin gewährleisten zu können. Der Fachkräftemangel darf nicht weiter verschärft und auch die Hebammenausbildung darf nicht gefährdet werden.

Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands, äußerte sich am 8. November 2022 in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Focus*¹ wie folgt: „Frauen haben einen Anspruch auf Hebammen-Betreuung vor, während und nach der Geburt. Das neue Gesetz führt dazu, dass Hebammen aus den Krankenhäusern verdrängt werden. Da Hebammen auf der Station Wochenbettpflege machen und Risikoschwangerschaften betreuen, müssen sie auch weiterhin durch das Pflegebudget abgedeckt werden. Ein Drittel der Hebammen betreuen während ihres Diensts vier oder mehr Frauen in der aktiven Geburtsphase – das ist für die Frauen und Hebammen eine Zumutung. Der eigentliche Skandal ist aber, dass dies keine ausreichende Versorgung für gebärende Frauen darstellt. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde und haben eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt, aber wir ermöglichen es unseren Frauen nicht, dass sie während der Geburt eine Hebamme an der Seite haben, die nur für sie zuständig ist und sie adäquat begleitet. Der Gesetzgeber arbeitet gerade auf allen Ebenen daran, die Versorgung von Frauen in Deutschland noch mehr zu verschlechtern, anstatt sie zu verbessern.“

Das Handeln der Bundesregierung ist Ausdruck einer Geringschätzung von Frauen und Müttern in unserem Land. Die unverantwortliche Schwächung der klinischen Geburtshilfe muss endlich ein Ende haben.

¹ https://www.focus.de/gesundheit/news/hebammen-werden-aus-kliniken-verdraengt-verbandschefin-warnt-vor-katastrophalen-folgen-von-lauterbachs-neuem-spargesetz_id_178991619.html
(Stand: 15.11.2022)